

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-73258](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-73258)

Der Ammerländer

(Fernsprecher Nr. 5.)

erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.

Preis (für Vierteljahr) durch die Post frei ins Haus bezogen 8,42 Mark, zum Abholen von der Post 8,00 Mark. Alle Postämter und Bezugsstellen nehmen Bestellungen entgegen. Abrechnung für die einjährige Mitgliedschaft (oder deren Stamm) für Antragsgebiet aus dem Freistaat Oldenburg 30 Pf., für außerhalb des Freistaats wohnende 35 Pf. Nachnahmen kosten 1 Mk. die Post. Anzeigen-Bemerkungen bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; später erhaltene Anzeigen werden am Tage vorher erbeten.

Die Rückgabe unersucht eingekaufter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Abdruck nicht verlorener, wenn Anzeigen-Geldbeträge durch gerichtliche Mittelnahme eingezogen werden müssen. — Plagiatvorschriften bei Aufgabe der Inseraten werden nach Möglichkeit beachtet, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 175

Westersiede, Mittwoch den 30 Juli 1919

59. Jahrgang

Abrechnung.

Was sind Programme, was sind Entwürfe! Eben erst hat der neue Ministerpräsident das Volk ermahnt, sich nicht länger in leidenschaftlichen Auseinandersetzungen über die Schuldfrage, über die Verantwortlichkeit für alles, was hinter uns liegt, selbst zu verstreuen, sondern den Blick vorwärts zu lenken in die riesengroßen Aufgaben, die wir jetzt zu bewältigen haben — und schon ist die Nationalversammlung wieder einmal mitten drinnen in einer stürmischen Aussprache über unsere Kriegspolitik und alles, was mit ihr zusammenhängt. Und wieder ist es Herr Grabberger, der inzwischen zum Stellvertreter des Ministerpräsidenten aufgestiegene Führer der Zentrumspartei, der im Brennpunkt der Debatte steht, der in der Verteidigung zu mächtigem Angriff aufgehetzt hat und mit den Konterpartnern die unheilvollste Vaterlandsverteidigung als Sündenbock in die Wüste schickte. Alle Wunden werden wieder aufgerissen, und es scheint wirklich so: ehe sie nicht ausgebrannt sind bis auf den Grund, ehe wird es keine Ruhe geben in Deutschland. Was während des Krieges uns die Geheimdiplomatie in Verbindung mit der allmächtigen Genier vorantreibt, verhält sich, das muß jetzt erst alles von Wissenben enthält werden, damit die Wahrheit endlich in allen Teilen ans Tageslicht kommt. Heute kann sie kein Unheil mehr anrichten; je rückfälliger sie vor uns aufgedeckt wird, desto besser.

Diesmal hat Herr Grabberger in die Sommertage des Jahres 1917 hineingelächelt, als unter seiner Führung der Reichstag die Friedensresolution beschlossen hatte, mit der man gehofft hatte, endlich aus der Sackgasse eines menschenleichen kleben Krieges herauszukommen. Daß es damals galt, irgendeiner Friedensaktion von anderer Seite voranzutreiben, war allenfalls bekanntgeworden, und wirklich stellte sich kaum vierzehn Tage später die berühmte Friedensnote des Papstes ein, mit der indessen selbst der versöhnungswillige Reichstag nichts Rechtes anzufangen wußte. Die Regierung beantwortete sie unter Zurückziehung der Wehrbeauftragten so, wie es nach Lage der Dinge fast am besten sein konnte, und damit schien auch dieses Kriegespielteil bis auf weiteres abgetan zu sein. Das traf indessen, wie man jetzt erfährt, nur für die große Öffentlichkeit zu. In Wahrheit konnte der Vatikan durch seinen Nuntius in München am vorliegenden Anlaufstage eine Anfrage des englischen Gesandten der deutschen Regierung vorlegen, die geeignet erschien, ernsthafte Friedensverhandlungen in Fluss zu bringen, die aber trotzdem drei Wochen später von dem damaligen Reichskanzler Dr. Michaelis in ablehnendem Sinne beschieden wurde. Er sollte klar und deutlich erklären, wie die kaiserliche Regierung die belgische Frage zu lösen gedachte, von der für die Entente jede Möglichkeit einer Kriegsbekämpfung in erster Reihe abhing; er ging aber diesem Verlangen mit diesen Erläuterungen aus dem Wege und verdrängte den Punkt auf ein späteres Stadium des Krieges, ohne deutlich zu sagen, was er damit meinte. Welchen Erfolg es gehabt hätte, wenn die deutsche Regierung sich auf die englische Anfrage hin ohne Högeren und ohne jeden Vorbehalt zur Klärung Belgiens bereit gezeigt hätte, kann freilich niemand wissen, aber die Möglichkeit zum mindesten, daß man daraufhin vielleicht wirklich zu einem Versöhnungsfrieden gelangt wäre, läßt sich natürlich nicht von der Hand weisen, und es wird schwerlich heute noch jemandem gelingen, den Nachweis zu führen, daß uns hier von schlaunen Gegnern eine Falle gestellt werden sollte, in die wir unter keinen Umständen hineinklettern durften. Mit tiefer Schärfe müssen wir heute auf diese Gelegenheit zurückblicken, die vielleicht zu einem ehrenvollen Frieden hätte führen können. Und wenn es auch unvorstellbar bleibt, wie es möglich war, daß der Reichstag damals von diesem britischen Friedensführer nicht unterrichtet wurde und daß dessen Abweisung erfolgen konnte, ohne daß die Herren Grabberger, Kämmerer, Sachmann dabei zu Male gezogen wurden, wie wenig man einmal vor der Falschheit, daß ein jederfallig von vornherein nicht auslöschlicher Friedensschritt ins Werk zu setzen, und daß wir vor der Außenwelt die Schuld daran zu tragen haben. Und nicht nur vor der Außenwelt. Die Erörterungen werden weitergehen, die Männer der Oberen Gesellschaft, die Altschulischen, die Schürzenstreifen, die Vaterlandsparteier, sie alle werden sich wieder zum Worte melden, und nicht zuletzt auch die politischen und die persönlichen Feinde des Herrn Grabberger, die unter keinen Umständen werden zulassen wollen, daß dieser heilige Mann gerade in der alles beherrschenden Schuldfrage als Sieger aus den jahrelangen inneren Partekämpfen hervorgeht. Der Reichsfinanzminister läßt es indessen nicht, viele Umstände zu machen. Ihn drängt es mit Macht zu positiver Arbeit im Interesse der Wiederaufrichtung unseres Landes, und die Mehrheit der Nationalversammlung wird ihm darin zweifellos zur Seite stehen. Wird auch die Mehrheit des Volkes jetzt endlich Schluss der Debatte beantragen?

Friedensvermittlung des Papstes 1917

In seiner Rede in der Nationalversammlung am Sommer 1917 auf die Friedensaktion des Papstes im Sommer 1917 zu sprechen und kündigte die Befragung des betreffenden Notenwechsels an, was inzwischen erfolgt.

ist. Darum rißte auf Anregung des englischen Gesandten beim Vatikan dieser durch seinen Nuntius in München an die deutsche Reichsregierung eine Note, in der es heißt:

Darum hat mich Seine Eminenz beauftragt, die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz in besonderer Weise auf den Punkt hinzuweisen, welcher sich auf Belgien bezieht und zu erreichen: 1. eine bestimmte Erklärung über die Absichten der kaiserlichen Regierung bezüglich der vollen Unabhängigkeit Belgiens und der Entschädigung für den in Belgien durch den Krieg verursachten Schaden; 2. eine gleichfalls bestimmte Angabe der Garantien für politische, ökonomische und militärische Unabhängigkeit, welche Deutschland verlangt. Bei dieser Erklärung der Friedensregierung, so meint Seine Eminenz, daß ein bedeutender Schritt zu weiterer Entwicklung der Verhandlungen gemacht würde. Tatsächlich hat der erwähnte Gesandte von Großbritannien seine königliche Regierung bereits verständigt, daß der Diktator Stuhl auf die im angeführten Telegramm enthaltenen Mitteilungen antworten sollte, er werde sich durch meine Vermittlung die Antworten der kaiserlichen Regierung erhalten haben.

Der Nuntius hoffte, daß mit einer verständlichen Antwort der gute Gang der Friedensunterhandlungen erleichtert würde.

Ablehnende Antwort des Kanzlers Michaelis.

Der damalige Reichskanzler Michaelis antwortete erst am 25. September, nach drei Wochen, mit einer Note, in der es heißt, daß alle Einigungsvorschläge von vornherein aus Unzufriedenheit zurückgewiesen seien, wenn nicht bei dem Austausch der Meinungen derentscheidende Geist von Objektivität und Klugheit vor dem Standpunkt des Gegners voraussetzt, für den gerade Seine Heiligkeit der Papst während der ganzen Dauer dieses furchtbaren Krieges den Rücken ein so leuchtendes Vorbild gegeben hat. Es wird dann weiter davon gesprochen, daß die bisher von uns unter den Gegnern bekanntgewesenen Kriegsziele einen Ausgangspunkt zur Voraussetzung hätten, der dank der Standhaftigkeit des deutschen Volkes niemals eintreten wird; nämlich eine völlige Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten. „Wolte Deutschland", so heißt es dann weiter in dem Schreiben, Kriegsziele der öffentlichen oder seinen künftigen Gegnern mitteilen lassen, die von der ungleichen Voraussetzung, d. h. von einer völligen Niederwerfung seiner künftigen Gegner ausgingen, so würde unterm anderen Umständen die Sache des Friedens überhaupt nicht gefördert, sondern geschädigt; denn die Abweichungen der gegenseitigen Forderungen wären so groß, daß auch der beste Wille zweigeteilt müßte, eine Einigung für möglich zu halten. Sollte es im gegenseitigen Augenblicke zu Verhandlungen über die Möglichkeit des Friedens kommen, so könnten sie nur auf einer neuen Grundlage geführt werden — auf der Grundlage nämlich, daß zurecht keine von beiden Parteien besiegt ist und keine der anderen moralisch oder politisch etwas zuzumute, was von einem stolzen Volk, selbst, wenn es besiegt wäre, nicht getragen werden könnte.

Sind wir mitten im heutigen Stadium der Dinge noch nicht in der Lage, dem Wünsche Eurer Exzellenz zu entsprechen und eine bestimmte Erklärung über die Absichten der kaiserlichen Regierung im Hinblick auf Belgien und auf die von uns gemachten Garantien zu erteilen, so liegt der Grund hierin keineswegs darin, daß die kaiserliche Regierung grundsätzlich der Abgabe einer solchen Erklärung abgeneigt wäre oder ihre entscheidende Absicht für die Frage des Friedens unterläßt oder glaubt, ihre Absichten und die ihr unumgänglich nötig erscheinenden Garantien könnten ein unüberwindliches Hindernis für die Sache des Friedens bilden, sondern lediglich darin, daß für gewisse Verhandlungen, die eine unbedingte Voraussetzung für die Abgabe einer beratigen Erklärung bilden, noch nicht genügend geklärt zu sein scheinen.

Gute Getreideernte 1919.

(Eine Abersicht.)

Unsere diesjährige Getreideernte kann als glückselig bezeichnet werden. Man hatte anfangs Besorgungen, besonders der Regenmangel im Juni erwachte große Sorge. Damals lauteten fast neun Beutel aller Getreide, welche bei dem deutschen Landwirtschaftsrat ein gingen, daß die Rogenernte wahrscheinlich ungenügend sein würde. Aber inzwischen sind überall hinreichende, zum Teil sogar reichliche Niederschläge gefallen, und die Zahl der ungünstigen Berichte ist auf ein Beutel gesunken. Nur das Sommergetreide, besonders der Safer, hat in nördlichen Gegenden die Schäden noch nicht ganz überstanden, die durch die späte Bestellung und die Dürre entstanden sind. Immerhin ist auch beim Sommergetreide eine Besserung festzustellen.

Der Regen, der die Besserung brachte, ist nicht in allen Bezirken gleichmäßig gefallen. Westfalen, Schleswig-Holstein, Oldenburg und Baden Ungenügend. Leider ist die Regenzeit nicht ausreichend gewesen. Leider ist der Regen im Juli für die Getreide zur Linderung gekommen. Das gilt hauptsächlich für die Ost- und Westpreußen, Ostpreußen, Sachsen und das südtliche Bayern. In den östlichen Landesteilen haben die Regengüsse sogar stellenweise Hochwasser hervorgerufen, so daß das Getreide und die Futterpflanzen auf dem Felde teilweise

verfaulen. Auch hat der anhaltende Regen vielfach ein Lagern des Getreides verursacht. Jetzt geht der Wunsch der Landwirtschaft fast überall auf trockenem und sonnigem Wetter im Interesse der Getreide- und des Viehwirtschaftens des Getreides.

Die Vorkräfte sind an vielen Punkten stark vermehrt. Eine Folge des Mangels an Arbeitskräften, Kartoffeln werden besser bearbeitet, während Rückerntender feststehende umgearbeitet werden mußten. Die Vorkräfte werden landwirtschaftlich durch den Streich, die eine Stellung nicht behaltend die Gemüter bewegte, sind in allem Ansehen nach befristet. Es wäre jedenfalls aus überste zu beklagen, wenn die im allgemeinen erfreulich reiche Ernte infolge früherer Arbeitseinstellungen nur zum Teil untergebracht abgeerntet werden könnte.

Vielmehr hat die Rogenernte bereits begonnen. Der Körner-Ertrag wird sehr günstig bemerkt. Etwa 10 % der Weizenfrüchte melden, daß der Körner-Ertrag gleich dem des Vorjahres sein werde, 40 % schätzen ihn höher als im vorigen Jahre, und 30 % geringer. Ungefähr letzteres Verhältnis herrscht in den Schätzungen des Getreideertrages.

Noch besser lauten die Berichte über den Weizen. Die Frucht schätzten 65 % der Vorkräfter als gut und sehr gut, 30 % sprechen von einer Mittelernte und nur 1 % geben den Ertrag als schlecht an. Der Sommerweizen steht etwas geringer in der Schätzung: 40 % werden gut und sehr gut, 50 % mittel und 10 % schlecht. Blau groß ist der Unterschied, wie man sieht, nicht. Regen Juni haben sich die Bewertungen sehr gehoben. Die Winterernte bezeichnen 60 % der Weizenfrüchte als gut, 30 % als mittel, der Rest als schlecht. Im 1. gemeinen wird der Stand der Getreide jetzt von 40 % als gut, von 45 % als mittel und von 15 % als schlecht bezeichnet. Der Hafer steht wie bereits erwähnt, schlechter, doch ist auch hier ein Fortschritt zu verzeichnen. Mitte Juni stellen nur 30 % eine gute Ernte in Aussicht, jetzt schon 35 %. Die Zahl der schlechten Ernten sinkt von 40 % auf 20 % gefallen. Auch die Futterpflanzen haben sich erholt. Mitte Juni meldeten nur 27 % gut, jetzt 48 %. Die schlechten Erntemengen betragen erst 42 %, jetzt nur noch 14 %.

Alles in allem ein Ausblick für unsere Volkswirtschaft, wie wir ihn brauchen können. K. M.

Berlin, 27. Juli. Der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis, veröffentlicht in der Angelegenheit des englischen Friedensführers vom Herbst 1917 eine Erklärung, der zufolge er sich damals wegen der Führung von Verhandlungen an einen neutralen Diplomaten gewandt hat. Ihm wurde seine Mission unter Mitteilung der Stellungnahme Deutschlands in folgender Weise umschrieben: Voraussetzung für Verhandlungen mit England sei die Anerkennung, 1. daß unsere Grenzen intakt bleiben, 2. daß unsere Kolonien zurückgewährt werden, 3. daß keine Entschädigungen gefordert werden dürfen, 4. daß von einem bürgerlichen Wahnsinn abgesehen würde. Voraussetzungen für diesen Verhandlungen ein Kronrat, der am 11. September im Saalhof Bellevue stattfand. Das Ergebnis der Besprechung wurde vom Kaiser in einem eigenhändig unterschriebenen Dekret folgendermaßen zusammengefaßt: „Die Annexion Belgiens ist bedenklich, Belgien könne wieder hergestellt werden. Die belgische Küste ist zwar sehr wichtig, aber die belgische Küste allein ist nicht zu halten. Es müßte eher wirtschaftlicher Anschluß Belgiens an Deutschland hergestellt werden.“

Paris, 26. Juli. Nach französischen Mitteilungen hat der Oberste Rat der Alliierten auch das Annehmen Hindenburgs, für den Kaiser die Verantwortung zu tragen, abgelehnt.

Berlin, 27. Juli. Kultusminister Spenck hat an den Evangelischen Oberkirchenrat ein Schreiben gerichtet, worin er ihm eine liberale Ausgestaltung des Wahlgesetzes für die Generalsynode empfiehlt.

Berlin, 27. Juli. Das preussische Staatsministerium veröffentlicht in einem Erlass die zur Hinterrange für Beamte und Lehrer in den bedrohten Grenzgebieten beschlossenen Maßnahmen.

Dresden, 27. Juli. Im Nordprozeß Meininga wurde das Urteil verkündet. Fünf Angeklagte wurden völlig freigesprochen. Die übrigen Angeklagten wurden nur des Raubhandels für schuldig befunden und zu Gefängnisstrafen von innerhalb bis zu drei Jahren verurteilt, der Angeklagte Borchelt außerdem zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für fünf Jahre. Die Schuldfrage auf gemeinschaftliche Tötung oder Mord wurde überall verneint.

Weimar, 27. Juli. Dr. Meißner hat den an ihn ergangenen Ruf, den Posten des Unterstaatssekretärs am Reichswirtschaftsamt anstelle des zurücktretenden Herrn von Moellendorff zu übernehmen, abgelehnt.

Berlin, 27. Juli. Bei den Siemenswerken ist noch keine Einigung erzielt worden. Die Arbeitergeber sind noch geneigt, die megen passiver Resistenz ausgesetzten 11 000 Arbeiter wieder einzustellen, weigern sich aber, die entlassenen 41 Vertrauensleute wieder aufzunehmen. Auch im Telegraphenarbeiterstreik ist bisher keine Änderung eingetreten.

Dresden, 27. Juli. Im Prozeß wegen Ermordung des sächsischen Kriegsministers Neuring wurde zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Gottfried, Weder und Kietz zu je zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis, Müller zu zwei Jahren Gefängnis, Schneider zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten Fritz, Heydemann, Krebs, Merkel und Thamm wurden freigesprochen.

Amsterdam, 27. Juli. In der gestrigen Nachmittags-Sitzung der Vorlesung des Internationalen Gewerkschaftsbundes Legation auf der belgischen Seite gegen die deutschen und österreichischen Gewerkschaften erhobenen Vorwürfe. Er sagte: Die Deutschen seien nicht gewöhnt, ohne irgendeinen Erfolg ins Blaue hinein zu protestieren. Ein Protest der Führer der deutschen Gewerkschaften wäre ein papierener Protest, ohne irgendeine nützliche Wirkung zu bewirken, darum habe man ihn unterlassen. Außerdem sei es eine Tatsache, daß die Deutschen und auch die deutschen Arbeiter die Überzeugung hatten, einen Verteidigungskrieg für die Erhaltung ihres Landes zu führen. Unter diesen Umständen habe man von den deutschen Arbeitern nicht verlangen können, daß sie die Kriegserklärung zurückzogen. Das wäre auf ein Zivilisierthum des eigenen Vaterlandes hinausgekommen. Der Friedensvertrag von Versailles habe bewiesen, wie wichtig es ist, daß die Deutschen einen Verteidigungskrieg, einen Krieg zur Erhaltung ihres Landes führen. Bei alledem hätten die Führer der deutschen Gewerkschaften ihre Pflicht gegenüber der Internationalen Gewerkschaften erfüllt, denn die englischen, französischen und italienischen Arbeiter gegen die Art, wie der Krieg von der Entente geführt wurde, protestiert hätten, ob sie gegen die Hungerblockade protestiert hätten, dagegen, daß gegen die Frauen, Greise und Kinder Krieg geführt worden sei. Die Deutschen gehen zu, daß Welchen Unrecht geschieht ist und die Deportation die schändlichste Tat wäre, die begangen werden konnte. Aber die Belgier hätten selbst helfen können, diese Tat zu verhindern, wenn sie dem Ruf der Deutschen Gehör geschenkt hätten und freiwillig nach Deutschland arbeiten gegangen wären. Sie hätten aber gerade in dem Augenblick, wo die belgische Gewerkschaftsbewegung Gelegenheit gehabt hätte, mit den Deutschen zusammenzuarbeiten, erklärt, daß sie mit den Deutschen nichts zu tun haben wollen. Es sei Unrecht, daß die deutschen Arbeiter bedauern das auf das Deutsche, aber man könne von ihm und seinen Freunden nicht die Erklärung verlangen, daß die deutschen Arbeiter am Kriege schuld seien.

London, 26. Juli. Das neutrale Büro erzählt, daß zwischen den Alliierten ein Meinungsaustrausch über die Lage in Nord-Mexiko im Gange ist. Die letzten Ereignisse haben die Politik der britischen Regierung bezüglich der Zurückziehung der Truppen in keiner Weise beeinflusst. Diese Aktion wird höchstens noch beschleunigt werden.

London, 26. Juli. (Meuter.) Das Kriegsamt teilt mit: Die Roschen Denikin unternehmen einen Überfall auf die Astrachan-Ordnung. Die Freiwilligen kamen nördlich von Schirnowa etwas vorwärts. Nach schweren Kämpfen in der Nachbarschaft von Jelan eroberten sie Komolowka. Die Bolschewisten besetzten Rodatshke. Denikin meldet, daß er im Besitz von Swinucha ist. Die Freiwilligen bringen Nowoosersk und Mterowka wieder erobert. Denikin bringt langsam gegen Kursk vor. Westlich von Chortow dauern die Kämpfe fort. Die Meldung der Bolschewisten, daß sie Konstantinograd erobert haben, ist nicht richtig. Die Lage der Freiwilligen in der Nachbarschaft von Zekaterinowka hat sich gebessert.

Paris, 26. Juli. (Meuter.) Wie verlautet, sprach Hoch in der Sitzung des Obersten Rates die Ansicht aus, daß 150 000 Mann für das linke Rheinufer nötig sein würden.

Washington, 26. Juli. (Meuter.) Wilson antwortete auf eine Anfrage Ludows schriftlich, soweit er unterrichtet sei, hätten die Alliierten sich über die Aufstellung der Artikel 337 vorgehenden sächsischen Abhandlungen der deutschen Schadenersatzung noch nicht geäußert.

Washington, 26. Juli. (Meuter.) Der Budgetausschuß des Repräsentantenhauses hat die Aufhebung des Reciprocitygesetzes mit Canada vom Jahre 1911 empfohlen. Die Mitglieder des Ausschusses sind sich einig, daß die hohen Zölle aufzuheben.

Colon (Panama), 26. Juli. (Meuter.) Vier Dreadnoughts der Pazifischen Flotte haben am Freitag die Anker von Gatun passiert. Dies ist der erste Versuch, mit einer Flotte von Dreadnoughts durch den Kanal zu fahren.

Mitau, 26. Juli. Der Pressebeirat der deutschen Gesandtschaft in Mitau teilt mit: In Ost-Litauen zwischen dem alliierten Militär, General Gougen, und dem Höchstkommandierenden der deutschen Streitkräfte, General von der Goltz, bestehend. Die Konferenz behandelte im Wesentlichen die Frage der Räumung Litauens. Es erfolgte eine Verständigung über den Abzug der Truppen. Die in und um Windau liegenden Truppen sollen vom 24. Juli ab in Schiff abtransportiert werden. Alle anderen auf dem Vahnege über Schaufen und Tiltit. General Gougen hat weiter für die noch in Mitau verbliebenen Reichsdeutschen den Schutz der Alliierten zu.

Wien, 26. Juli. (Corbis.) Wie die Deutschen Nachrichten melden, beabsichtigt sich die Großdeutsche Vereinigung eine Heime mit der Demission Bauers und mit den Friedensbedingungen. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß die Großdeutsche Vereinigung einem derartigen Friedensvertrag niemals ihre Zustimmung zu geben vermag. An der Unmöglichkeit sich an Deutschland zu verhalten. Der Vertrauensmann mit der Leitung des Außenamtes wurde angeklagt.

Vern, 26. Juli. In der italienischen Kammer wurden von industrieller Seite zwei Anträge über die Kolonvergnügung Italiens im nächsten Winter eingebracht. Nach beiden Interpellationen würden die italienischen Fabriken, wenn nicht schnelle und wirksame Abhilfe geschaffen würde, zur völligen Arbeitslosigkeit ge-

brachten sein. Wie ferner der Corriere della Sera auf Paris erzählt, soll Tittoni die Wiedereröffnung des internationalen Wirtschaftskongresses zur Verteilung der Lebensmittel und Kohlen verlangt haben. Eine ähnliche Forderung Englands sei vor einem Monat an der Sanktion Amerikas scheitert, doch sei heute die Lage so schlimm geworden, daß der Versuch erneuert werden müsse. Die übrigen Parteien Delegierten sollen der Forderung günstig gegenüberstehen. Tittoni sei beauftragt, mit Hoover die Bevorratungsfrage direkt zu beraten.

Paris, 26. Juli. (Savas.) Diplomatische Lage. Der Oberste Rat der Alliierten genehmigte den Text der Antwortschrift auf die deutsche Enquete, die verlangt, daß zwischen deutschen und politischen Vertretern über die nach dem Friedensvertrag abzutretenden Gebiete Verhandlungen eingeleitet werden. Er behandelte ferner die Frage der Ernennung alliierter Kommissare in Ostpreußen.

Die Bestimmungen über die Schiffahrt und die Kriegsgesangen im Friedensvertrag für Bulgarien wurden angenommen.

London, 26. Juli. (Meuter.) Wotcha wurde bei seiner Ankunft begeistert begrüßt. In seiner Rede über den Friedensvertrag sagte er, es seien viele Punkte in dem Vertrag, die er für überflüssig oder für unüberführbar halte. Alles hänge jetzt davon ab, ob die Deutschen selbst sich ehrlich bemühen, den Vertrag auszuführen; er sei sicher, daß die Schwierigkeiten beseitigt werden würden. Die Alliierten seien entschlossen, daß der Friede erkohrt werden solle. Wotcha äußerte sich sehr hoffnungsvoll über den Wotcherbund.

London, 26. Juli. (Meuter.) Der Rat der Bergleute von Yorkshire hat das Abkommen über die Bedingungsarbeiten nicht bekräftigt, doch ist es beinahe sicher, daß die Arbeit in ein oder zwei Tagen wieder aufgenommen wird.

London, 26. Juli. (Meuter.) Ein Weisbuch ist veröffentlicht worden, das die Bedingungen angibt, unter denen es nach Aufhebung der Blockade erlaubt ist, Handel zu treiben.

Übertragung der Industrie. Wieder steht sich ein Wert zur Stilllegung seines Betriebes gezwungen. Die Kupfer- und Messingwerke A. G. in Elberfeld geben bekannt, daß sie der 400 Arbeiter umfassenden Belegschaft im Langenberg gekündigt haben, da infolge der Arbeitslosigkeit die Produktion auf ein geringes Quantum gesunken sei, das seit Monaten große Zuschüsse erforderlich gewesen seien. Der vorliegende Auftragsbestand und das Rohmaterial würden bei normaler Arbeitsleistung der Belegschaft genügt haben, ein produktives Weiterbestehen des Werkes zu gewähren.

Weiterer amerikanischer Kredit für Deutschland. Eine unerlässliche holländische Quelle berichtet, daß in Amerika von dem Bankhaus Morgan ein großer Kredit für Deutschland abgeschlossen wurde. Er wird mindestens einige hundert Millionen Dollar, wahrscheinlich aber noch viel mehr betragen.

Nach und Fern.

Spiele. In einem ersten Hotel Wiesbadens wurde eine Spielgesellschaft, bestehend aus 28 Damen und Herren der Wiesbadener und Mannheimer Gesellschaft, aufgenommen.

Der nachgemachte Zepplin. Die Engländer geben zu, daß das Luftschiff „R. 34“, womit sie kürzlich ihren Flug über den Atlantischen Ozean gemacht haben, eine genaue Kopie eines erdachten Zepplins ist.

Katastrophen zur See. Der norwegische Post- und Passagierdampfer „Stagen“ kam durch Nebel außer Kurs und strandete in der Nähe vom Kap Stagen. Alle Versuche, den Dampfer loszubekommen, waren bisher vergeblich. Man trifft Vorbereitungen, die Reisenden und die Boot an Land zu bringen, da man befürchtet, daß das Schiff, falls die See unruhiger wird, verloren ist. Obgleich das Schiff nur 80 Meter von der Küste entfernt liegt, kann es infolge des Nebels von Land aus nicht gesehen werden.

Aus der Heimat — für die Heimat.

Weserleser, den 29. Juli 1919.

Wetterausichten für Mittwoch den 30. Juli: Teilweise heiter, tags ziemlich warm, Gewitterregen wahrscheinlich.

Zum Westfälischer Schützenfest. Am zweiten Festtage wurde wieder eine ungewöhnlich hohe Anzahl Eintrittskarten — es waren annähernd 1500 — herausgegeben, ein Beweis für die Anziehungskraft unseres Schützenfestes. — Beim Königsschießen sind im ganzen 29 Zentrumschüsse abgegeben worden, darunter 8 mit 20 Ringen. Die Namen der betr. Schützen sind: J. Siebling 1 Karion (20 Ringe), Joh. Henrichs 2 (20, 20), Paul v. Seggern 1 (20), D. Lanje 1 (20), S. Meyersrenten 2 (18, 20), Fritz Sieje 2 (19, 20), B. Behrends 1 (20), S. Sonder 2 (19, 18), R. Sieje 1 (19), G. Ewald 1 (18), Bernhard Meyer 2 (19, 19), Joh. Buhr 1 (18), Aug. Hinrichs 1 (19), Fr. Reinten 1 (18), Otto Francken 1 (19), R. Hotes 2 (18, 19), G. Koch 1 (18), Hobbiesjanen 1 (18), Wittrud 2 (19, 18), Georg Voigt 1 (19), J. Vahing 1 (19), Georg Meyer 1 (19). — Vor der Königspromulgierung hielt Herr Gemeindevorsteher Lanje eine sehr klare, warm empfundene Rede, in der er einen Ueberblick über die aufsteigende Entwicklung unseres Vereins gab. Erwähnt sei ferner noch, daß der Hauptmann des Oldenburgischen Schützenvereins dem ungenügend zum 75jährigen Jubiläum nach kurzer Ansprache, die dem Wunsche für ferneres Gedeihen Ausdruck verlieh, eine Fahnenplatte überreichte. Von Herrn Amtshauptmann Wünnbrodt trat gestern aus dem Schwarzwald folgendes Telegramm ein: Leider abwesend, wünsche vergnügte Feiertage und zufünftigen Nachschick und Blühen. (Die Depesche ist übrigens 48 Stunden unterwegs gewesen.) — Der gestrige Festabend wurde zum Schluß noch durch ein großartiges Feuerwerk verschönt.

In den Ausschüß der Lehrer und Lehrerinnen der evangelischen Volks- und Mittelschulen und höheren Bürger Schulen, sowie der seminarisch gebildeten Lehrer an den der Aufsicht des Evangelischen Oberstudienkollegiums unterstehenden höheren Schulen der Provinz Oldenburg sind aus dem hiesigen Bezirk gewählt worden: Hauptlehrer C. Stindt-Westertlof als Mitglied und Hauptlehrer Adolf Ahl-Apen als Ersatzmitglied.

Die Nationalversammlung wird sich schon in allernächster Zeit mit einer Vorlage des Staatenschausses zu beschäftigen haben, die eine Umgestaltung auf dem Gebiete der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung bedeutet. Es sollen die Rentenbeiträge ganz wesentlich erhöht, die Beitragsmarken teurer, neue Lohnklassen geschaffen und die Verdienstgrenze für die Angestellten um ganz beträchtlich in die Höhe gesetzt werden. Die Rentenzulagen werden mit den Renten verknüpft. Auch sonst ist noch eine ganze Reihe von wichtigen Änderungen zu erwarten.

Es dürfte noch in Erinnerung sein, daß der Reichstagsabgeordnete Herr Dr. Stresemann, wenige Tage vor Abhaltung der Nationalwahl in Nordhorn an der holländischen Grenze Gegenstand eines wüsten, pöbelhaften Angriffs wurde. Die Angreifer hatten sich dieser Tage vor der Strafkammer in Osnabrück zu verantworten. Es wird darüber der „Osnabr. Ztg.“ berichtet: Die Krawalle, die sich am 15. Januar d. Js. gelegentlich einer von der Deutschen Volkspartei in Nordhorn abgehaltenen Wahlversammlung abspielten und zu Tätlichkeiten gegen den Abgeordneten Dr. Stresemann wie auch gegen zwei Wachmeister ausarteten, haben jetzt vor der Strafkammer ihre Sühne gefunden. Von vier Fabrikarbeitern, die wegen jener Vorgänge unter der Anklage des Mordversuchs standen, wurde einer zu sieben, die anderen drei zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Zentrale für Arbeitsvermittlung macht darauf aufmerksam, daß sich in letzter Zeit die Fälle mehren, wo Arbeitslose Arbeitsuchende unter Umgehung des Arbeitsnachweises einstellen. Dies ist im Interesse der erwerbslosen Arbeiter ebenjowenig wie in dem der Arbeitgeber erwünscht. Eine Regelung des Arbeitsmarktes bedingt die Inanspruchnahme des Nachweises, von der Verfügung des Demobilisationskommissars vom 22. November 1918 abgesehen, wonach jeder Arbeitsuchende und jeder Arbeitsaufsuchende sich des Arbeitsnachweises zu bedienen hat. Der Arbeitsuchende hat dann die Gewähr, daß er nicht unbegründet lange ohne Arbeit ist, und der Arbeitnehmer hat die Sicherheit, eine Kraft zu bekommen, die seinen Wünschen entspricht. Bei einem großen Angebot ist die Auswahl dem Arbeitgeber immer sehr erwünscht. Hierzu kommt noch, daß die Dienstleistung, resp. jeder Steuerzahler, das Interesse hat, möglichst einen Arbeitslosen in Arbeit zu bringen, da diesem dann die Erwerbslosenunterstützung entzogen wird. Eine korrekte Anweisung der Arbeitsvermittlung liegt also im allgemeinen Interesse. Die zuständige Stelle verweist deshalb auf die diesbezügliche Verfügung des Demobilisationskommissars und wird dahingehend bei Verfügungen und Umgehungen entsprechende Schritte unternehmen. Bei der Geschäftsbearbeitung des Arbeitsnachweises werden die beteiligten Kreise, Arbeitnehmer sowie Arbeitgeber dringend gebeten, den betr. Arbeitsnachweis weitgehend zu unterstützen und die Arbeiten nicht dadurch zu erschweren, daß man den Arbeitsnachweis darüber in Unkenntnis läßt, ob die betr. Stelle besetzt oder der Arbeitnehmer oder Arbeitgeber durch Vermittlung eines anderen Arbeitsnachweises eine entsprechende Kraft oder eine Stellung gefunden hat. Vor allen Dingen muß der Arbeitsnachweis sofort wissen, ob die in Frage stehende Stelle besetzt wurde, und sind deshalb die weißen Vermittlungsarten in allen Fällen umgehend an den Arbeitsnachweis zurückzuführen. Der Arbeitgeber, der von der Bezeichnung der Stelle nicht sofort Nachricht gibt, hat die entsprechenden Kosten zu tragen.

Die Farbe der Butter. Jetzt, wo die Butter wieder bald wieder in etwas größeren Mengen als in Quantitäten in unseren Städten und auf unserem Lande erscheinen dürfte, wird man wahrscheinlich auch auf ihr Aussehen wieder mehr achten als bisher. Während der Kriegsjahre kam es uns im wesentlichen heraus an, überhaupt nur ein Melkschens Butter zu bekommen, wie sie sich äußerlich präsentierte, war uns, wenn auch nicht ganz gleichgültig, so doch ziemlich nebensächlich. Man wird aber unseren Hausfrauen schon vielfach aufgefallen sein, daß die Butter mit der Jahreszeit die Farbe wechselt, und dieser Farbenwechsel ist nicht immer eine natürliche Erscheinung, sondern meist eher noch die Folge einer kleinen „Perle“: die Butter wird „auf schön geläutert“. Wenn sie einen mehr oder weniger deutlich ausgeprochenen gelben Ton zeigt, kann man mit einiger Sicherheit annehmen, daß sie gewisse Farbstoffe angezogen worden sind, und diese Farbstoffe können gelegentlich einmal gesundheitschädlich wirken. Die natürliche Farbe der Butter ist im wesentlichen durch die Fütterungsweise der Kühe bedingt. Die Fütterung der Weide und der Grünfütterung wird die Butter um vieles gelber, um im Herbst, sobald die Stallfütterung ansetzt, eine mehr weiße Farbe anzunehmen. Der Übergang von der weissen Farbe zur gelben erfolgt im Frühling oft überraschend, weil der Futtermangel dieser Jahreszeit häufig einen unermittelten Übergang zur Grünfütterung erforderlich macht. Die Hausfrau braucht sich also an dieser Farbänderung im Frühling nicht zu freuen. Bestimmt sie dagegen auch im Winter eine auffallend schön gelbe gefärbte Butter, so kann man ohne einen Eid darauf setzen, daß eine künstliche Nachhilfe vorliegt. Besser wird diese Butter natürlich durch das Rühren nicht, und wer mehr auf „Ansehen und Charakter“ als auf äußere Schönheit Gewicht legt, sollte sich bei seinem Buttereinkauf — wenn es erst recht „richtiggebende“ Butterlieferanten geben wird — die Buttermalerlei hübsch, aber entschieden vermeiden.

* **Teilweise Beschlagnahme des Viehbestandes.** Die Viehversicherung Deutschlands wird auch im nächsten Jahre noch unzureichend sein. Auch im Jahre 1920 ist daher mit einem starken Bedarf an ausreichenden Prämienausfällen zu rechnen. Die für die großstädtischen und ionischen dichtbesiedelten Bezirke Deutschlands erforderliche Warmelade muß deshalb sichergestellt werden. Um das zu erreichen, hat sich der Reichsernährungsminister entschließen müssen, einen Teil der Viehbestände zu erfassen, der der Warmeladefabrikation zuzuführen soll.

* **Auswanderungssächsischen für Argentinien.** Aus unseren wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen erklärt sich, daß in den nächsten Jahren mit einer starken Auswanderung gerechnet werden muß. Es interessiert daher, zu erfahren, wie die Beschäftigungs- und Erwerbsmöglichkeiten in den einzelnen in Betracht kommenden Ländern sind. Das Reichsauswanderungsamt ist nun der Ansicht, daß in Argentinien sich für Landwirte und gelehrte Facharbeiter gute Erwerbsmöglichkeiten bieten, für Kaufleute und akademische Berufe die Verhältnisse aber sehr schlecht seien. Besonders seien die Auswanderungsmöglichkeiten vor der Ausbeutung durch nichtamtliche Helfer dringend zu warnen. Der deutsch-argentinische Vertreterverband hat eine Kommission nach Argentinien entsandt, um mit den dortigen Behörden Beziehungen anzuknüpfen. Es handelt sich um den Erwerb von Besiedlungsland, das von der argentinischen Regierung in reichlichem Umfange zur Verfügung gestellt wird. Die Anwerbung in geschlossenen Kolonien will die Regierung begünstigen. Bei den Einreisebestimmungen wird besonders große Vorsicht gegen das Einbringen von Sperrartikeln, Kommunisten, Volkswissen usw. geübt werden.

* **Der Titel „Frau“ — ein Kinderschut.** Die Deutsche Nationalversammlung hat, wie man weiß, vieler Tage den seiner sozialen Bedeutung wegen sehr bemerkenswerten Beschluß gefaßt, den Vätern unehelicher Kinder fortan auch im amtlichen Verkehr den Titel „Frau“ auszugeben. Die geringe Mehrheit bei der Abstimmung zeigte, daß das Zugeständnis nicht von allen Parteien mit gleicher Freudigkeit gemacht wurde. Aber schließlich hat eine ledige Mutter für den Betrag, den die Jugend und die Liebe an ihren Gefühlen begehren hat, so viel Stummer und Sorgen zu tragen, daß man ihr den Kampf ums Leben in dieser grauenhaften Zeit schon erleichtern darf. Im Vordergrund aller Erwägungen steht der Gedanke an das uneheliche Kind, das das unzulässige Opfer seiner Geburt ist. Sie stellt ihm als Mütter und Vormütern in der Schule, in der Lehre, unter Kameraden und in der Gesellschaft an. Sie verlangt sein ganzes Leben und seine Tätigkeit und läßt keine Friste. Und schließlich ist es ebenso unbillig wie grausam, dem Kinde aus dieser seiner unglücklichen Herkunft einen Vorwurf zu machen. Die Gehilfen der Menschen gegeneinander ist leider häufig geradezu auf der Suche nach einer Gelegenheit zum Sühnen. Aus diesem Grunde werden es viele begrüßen, daß man ihre Mütter nicht mehr strafen will. Dieser Kinderschutz auf allen Gebieten ist ein gebührender Zug unserer Zeit. Wir alle haben das natürliche Bedürfnis, dem kommenden Geschlecht, dem man die Kindererben genommen hat, das so schweres Leid und die Lebensfreude noch nicht kennen gelernt hat, nachträglich einen Tribut möglicher Fürsorge zu entrichten. In dieser Beziehung ist man dazu noch gar nicht imstande. Statt Elternhaus und Pflege gibt es noch die öffentliche Spelung und ein ewiges Stöhnen und Weiden, deren Anblick unsere Kinder so verhängnisvoll erschreckt und erst macht. Man hat keine Schule und Kinder für sie oft nicht einmal die Luft für die Erholung, über wenigstens den guten Willen, sie in der Gefährdung vorzuschieben und nur ihr Wohl bedacht zu sein. Ein Teil dieser guten Absichten wurde durch den Beschluß der Deutschen Nationalversammlung vernichtet. Der Titel „Frau“ für ledige Mütter ist auch eine Art Kinderschutz, ein Beitrag für uneheliche Kinder.

* **Zwischenahn.** Eine Sitzung des Ortsausschusses findet hier in Haschagen's Gasthaus am Freitag den 1. August, nachmittags 5 Uhr, statt. (Näheres in Anzeige).

* **Zwischenahn.** Am hiesigen Gemeindefest haben sich zu Anfang des Monats Juni 16 Personen. Im Laufe des Monats ist eine Person aufgenommen, dagegen wurden drei entlassen, also betrug der Personalbestand am Ende des genannten Monats 14 Personen, und zwar 4 Männer, 3 Frauen, 3 Knaben und 4 Mädchen.

* **Orwege.** Das augenblicklich herrschende regnerische Wetter hat die Erntearbeiten ungünstig beeinflusst. Das Heu ist erst bis zu einem gewissen Teile unter Dach gebracht. Hoffentlich beschleunigen uns die letzten Sultage noch sommerliche Wärme; heißt es doch noch Juli: „was der Juli nicht kocht, kann der September nicht braten“.

* **Stellenweise** sieht man bereits auf höher gelegenen Ländereien Roggen in Heden. Trotz des trockenen Vorwommers ist hier doch bei dieser Getreideart auf eine gute

Mittelernte zu rechnen. Frühkartoffeln sind infolge der nachstalten Witterung erheblich gegen die Vorjahre zurückgeblieben. Stellenweise ist auch das Austreten der Blattrollkrankheit zu bemerken. Als Mittel beugen kann die Staudenauslese empfohlen werden.

* **Auguffechn.** Betreffs des Berichtes über den Verlust von 105 Mark, den eine Witwe aus Nordloh erlitt, bemerken wir noch näher, daß das Geld wahrscheinlich auf dem Wege von der Molkerei nach Bodel verloren wurde. Hoffentlich wird es von einem ehrlichen Menschen gefunden.

* **Auguffechn.** Hier und im benachbarten Bodel sind in den letzten Nächten mehrfach Kartoffeln von den Feldern gestohlen worden. — Ein wollenbrüchiger Regen ging gestern nachmittag hier und in der Umgegend nieder. Im Augenblick waren die Straßen überschwemmt, da die Gräben und Straßenzüge die Wassermassen nicht so rasch aufnehmen und fortleiten konnten.

* **Auguffechn.** Am Sonntag den 27. Juli, fand hier bei Herrn Gastwirt Tietjen die Neuwahl zum Ortsausschuß statt. Gewählt wurden: Schloßer Cl. Curris, Hammermeister Herm. Webermann, Fabrikarbeiter Joh. Tegellamp, Gastwirt Karl Pontow, Kaufmann Heint. Strauß, Postverwalter W. Griefe, als Ersatzmänner: Arbeiter Heinrich Wente, Schmid Fritz Knobloch, Bäckermeister Einar Berlinius. — Von anderer Seite werden uns folgende Herren als Ersatzmänner genannt: Dreher Joh. Schütte, Baumunternehmer G. Scheffers, Tischlermeister G. Wams. — Bezüglich der Ersatzmänner steht das genaue Wahlergebnis noch nicht fest.

* **Godensholt.** Am Sonntag den 20. d. Mts. wurde hier in der Gastwirtschaft des Herrn Meins ein Dorfbund gegründet. Der Oldenburg Landbund hat damit in der Gemeinde Apen 4 Vorhände und zwar: 1. Apen, 2. Bodel, 3. Nordloh-Lange, 4. Godensholt. Hier wurde zum 1. Vorsitzenden Georg Bunge, zum 2. Vorsitzenden G. Remmers, zum Kassierer und Schriftführer E. Wiers gewählt.

* **Oldenburg, 28. Juli.** Die deutsch-demokratische Partei für den Bezirk Oldenburg-Dithmarschen-Donabrid hält ihren Bezirks-Parteitag am Sonnabend den 28. und Sonntag den 29. August hier in Oldenburg ab. Es kommen wichtige Gegenstände zur Beratung. U. a. wird Abgeordneter Wachpost die Werte eines Vortrags halten.

* **Die hiesige Landesgruppe** vom Volksbund für die Kriegs- und Zivilgefangenen erstrebt jetzt mit allen Mitteln eine Einigung aller Volksträfte, um die Auslieferung der Kriegs- und Zivilgefangenen baldigt herbeizuführen. Er hat sich dieserhalb mit den Organisationen der Kriegsbeschädigten, ehemaligen Gefangenen, Hinterbliebenen usw. in Verbindung gesetzt und bereitet die Veranstaltung großer öffentlicher Kundgebungen vor.

* **Oldenburg, 27. Juli.** Der hiesige Ziegenzuchtverein veranstaltete hier heute an der Alexanderhaupte eine Ziegenschau, die von etwa 200 Ziegen besichtigt war. Die Bedeutung, die die Ziegenzucht in unserer Stadtgemeinde gewonnen hat, kam auf der Schau so recht zur Geltung. Trotz der Ungunst der Witterung war der Besuch gut. Das ausgestellte Ziegenmaterial war gut bis hervorragend, so daß viele Tiere mit ersten Preisen bedacht werden konnten.

* **Differenzen** sind aufgetreten über die Torferzorgung unserer Bevölkerung. Es gilt schon heute als sicher, daß die Belieferung mit Kohlen im kommenden Winter wenig oder gänzlich erfolgen kann und die Bevölkerung mehr als bisher auf den Bezug von Torf angewiesen ist. Die Torferzeuger wollen nun aber zu den festgesetzten Preisen nicht liefern, sondern fordern höhere Preise. Es findet deswegen am kommenden Mittwoch eine Versammlung statt, in der die Torferzorgung endgültig geregelt werden soll.

* **Gegenständig** der letzten Verhandlungen in der Landesversammlung über die Gewährung von Kriegszulagen an die Beamten pp. stand die Frage zur Debatte, ob die Stadt Oldenburg als teurer Ort zu betrachten sei oder nicht. Die Regierung sowohl wie die Landesversammlung nahmen einen ablehnenden Standpunkt ein. Die hiesige Oberpostdirektion, die aber die gegenteilige Auffassung vertritt, hat sich mit der Reichsregierung in Verbindung gesetzt, um unsere Stadt als teuren Ort anerkannt zu sehen.

* **Rüstringen.** Ein großes Diebes- und Fehlerneit ist in der Wohnung des Stehviehhallenwirtes S. entdeckt worden. Es wurden beschlagnahmt anderthalb Zentner Butter, die von einem Molkereibesitzer in der Molkerei Hofstiel gestohlen sind. Ferner wurden zwei Küfer Torpedool in Werte von 16 000 Mark beschlagnahmt. Es sind bereits sechs Personen wegen Beteiligung verhaftet. Weitere Verhaftungen stehen noch bevor.

* **Schwei.** Der Sohn eines hiesigen Bürgers hantierte mit einem Gewehr, um es zu probieren. Die Patrone hatte sich festgesetzt und wollte nicht losgehen. Der Mann schlug dann mit dem Kolben auf die Erde und sah dabei oben in den Lauf. Mithin ging der Schuß los und dem Bedauernswerten direkt in den Kopf, wobei der Tod gleich eintrat.

* **St Dittreesland.** Sönnadg namiddag, Ät harr mi toe 'n Duaste up d' olle, madelke Sofa leggt, was eben indusjelt und drömdre van d' Westersieder Schilgenfest. Dar: bums, bums, bums! Wat, lamen le all? Ät in Hööde, as harr mi een mit 'ne Radnabel in dat Annerenn van de Rügge fiddelt. Noomals: bum, bum, bum! dönnert dat an de Döre. Nam, heit man dann noit Rüst? Herin, wenn 'n nims is, de wat börgen will, dann bin id verreis, wathenn neet befannt. Sacht, sacht, leet sikk een groffe Stimme vernemen in in de lüüoigen Dogenbid trappt nien Naber over de Swatte. Winst, büst du ut de Kunsternatie. 'n Wunder, een so toe overfallen. Sallt di noch mehr wunden, wacht man. Wol, sett di, tunder dien Piepen-topp an. Triente, heit du noch 'n Treffel Tee in de Wis, denn herud d'rmit, hier is wat besünners in Gang. So. nu kann 't lösgahn. Sallt di wunden. Ät wundere mi ja all süt siew Minuten, also. . . Mi hebben di. Well is wi? Na, wi van d' Stammbid. Du heit in de „Am.“ (schreuen, Salomo harr seggt: 't gaff nix Nees unner de Sinn. Dat stimmt, dat heit Presidier Salomo 1, 10. Man in de lüffte drebudend fahren heit sikk bannig völ andert, dat kannst du neet bestriden. Sallt mi neet in. Na, also, nu hebben wi die Fragen utklamüsert. Stopp, dre? Warum dre? Dre Fragen heit de toe beantwoorden, de de Fortia in dat Lustpiff „De Koopmann van Benedig“ toen Frau hebben will, die Natels jull de Akt van Santt Gallen lösen, die Wünsche lösen in een Vertelstel de Riete in de Arme doen, dre Gefahren mit de Ritter overfahn, de dat verthee Königshind befeeren will, dremal freidre de Hahn, dremal is dat offstrees Recht usw. usw. Ät, wo wi darup kamen sünd, weet id neet, 't sall wall welen, dat uns wieder gehen insallen sünd. Na, dann legga man lö. 1. Het man oit Höchsprieien kenn? 2. Wasfen all eenmal de Wichter un Junge mit 20 Sahren groot? 3. Kennt de Geschichte so wat as de Nationalversammlung in Weimar? 4. Junge, Junge, dat sünd dre harte Wälen, dar brest du di de Ruten bi ut. De Akt van Santt Gallen heit Beidentid hat, wat de recht was, mit mi bittig welen. Ät will di wat seggen, steek dien Nöie in den „Am.“, dar geew id Utkunst, wenn id kann. Sallt wall neet lösen, dar strumpelst du oer. Dwaachen. Hier de Antwoort lört un knapp: de römische Kaiser Diocletianus, de van 284 bet 305 regereete, sette 301 een Höchsprieis för Lebensmittel fast (natoelefen in de „Grote Meyer“, Band 5, Siet 6. Wenn een Steier betahlt, dann het he of 'n Recht. Sei de Israeliten muß eif, de 20 Jahr old was, 1/2 Sel = 1,40 Mark Tempelstür betahlen. Nageres darover Matth. 17, 24-27. Un nu noch Weimar. Stimmt dat neet as een Kartenreken, wat Apostelgeschichte 13, 32 heit? So mien Waderte, dar ruut an.

* **Koblenz, 28. Juli.** Der kommandierende General des amerikanischen Besatzungsheeres hat an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz ein Schreiben gerichtet, worin er die demnächst erfolgende Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen in sichere Aussicht stellt und bereits mittelt, daß der Empfang der Kriegsgefangenen in der amerikanischen Besatzungszone sich auf den Familienempfang zu beschränken habe. Offizielle Empfänge, öffentliche Verammlungen oder politische Aufstellungen der Gefangenen seien im besetzten Gebiet nicht gestattet.

Für die Redaktion verantwortlich Karl Giers in Westerstede. Druck und Verlag von Eberhard Rietz in Westerstede.

Amtliche Bekanntmachungen.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Direktors, Abteilung des Innern, vom 18. Juni d. J. (Oldenburgische Anzeigen Nr. 141) betreffend den Handel mit Brennstoff, wird darauf hingewiesen, daß unter Brennstoff jeder Torf in Soben, also auch der sogenannte weiße Torf, zu verstehen ist, und daß mithin auch zur Ausfuhr dieses Torfes die Genehmigung der Nachmittels-Beteiligungsstelle des Amtsverbandes Oldenburg hier erforderlich ist. Oldenburg, den 26. Juli 1919. Ministerium des Innern. Tanjen.

Zwischenahn. Sitzung des Ortsausschusses am Freitag den 1. August, nachmittags 5 Uhr, in Haschagen's Gasthaus. Feldhus.

- Tagesordnung:
1. Elektrizitätswert betreffend,
 2. Wegeplan,
 3. Straßennamen,
 4. Sonstiges.

Ami Westerstede.

Westerstede, den 24. Juli 1919.

Zu Beigeordneten des Gemeindevorstandes in Edewecht wurden vereinfacht Landwirt A. Kohn in Sidedewecht und Landwirt D. Heinje in Nordbedewecht 1.

S. R.: Dr. Rabeling.

Ami Freitag den 1. August:

Schweine- u. Schaafmarkt

Westerstede, den 29. Juli 1919.

Der Gemeindevorstand Lanje.

Otto Franken,

Rechnungsführer, Westerstede, Telefon 62.

Gemeindefache.

Als Bezirksvorsteher für die 9 Bauerschaften der Gemeinde Edewecht wurden gewählt bzw. wiedergewählt und nach Bestätigung der Wahl verpflichtet:

1. Lohmüller, Dieder., für Nordbedewecht 1,
2. Dietz, Johann, für Nordbedewecht 2,
3. Rippen, Dietrich, für Sidedewecht,
4. Olmer, Gerhard, für Osterheps,
5. Böltz, Johann Diederich, für Westersteds,
6. Gerdes-Röben, Friedrich, für Zeddeloh 1,
7. Kelling, Johann, für Kleefeld,
8. Delljenbruns, Friedrich, für Zeddeloh 2,
9. Bruns, Johann, für Klein-Scharrel.

Edewecht, den 24. Juli 1919.

Bunjes, Gemeindevorsteher.

Gemeinde Edewecht.

Die Lieferung von 42 Schulpfosten in verschiedenen Größen ist zu vergeben. Die näheren Bestimmungen sind bei mir zu erfahren. Angebote sind bis zum 3. August schriftlich einzureichen.

Der Schulorstand: Bunjes.

Zu verkaufen eine gute junge milchgebende

Ziege.

Fran Lanje, Hollwege.

Osterheps.

Zu verkaufen beste

Gehwoschenferkel.

Joh. Janßen.

Westerloperfeld. Habe

noch ein

Milchschaf

zu verkaufen.

Fritz Siefken.

Auf dem Schilgenplatz beim Kinderball Herrenschirm geg. Damenschirm bestellbar. Umtausch bei Frau Geste-Westerstede.

Zugelassen ein Bernhardshund. D. Uffen.

Für die Bewahr- und Pflegeanstalt Kloster Blankenburg b. Oldenburg wird z. 1. Nov. ein Mädchen gesucht, das gut mellen kann. Näheres durch Hauptarbeitsnachweis Oldenburg.

Junges Mädchen
sucht Stellung zur Erlernung des Haushalts. Näheres bei Schuhmachermeister Höben, Dohli.

Vertreter
zum Verkauf einer vorzüglichsten Schmierseife, an Land und Stadt gesucht, hohe Provision. G. Köch, unter Nr. 6614 an diese Stg.

Alle hochangesehene Feuer- und Lebensversicherungsgesellschaft (mit Einbruchsdiebstahlbranche) sucht für Westerstede und Augustfehn je einen tüchtigen

Agent.
Angebote unter Nr. 6643 an die Geschäftsst. d. Bl.

Alle, welche mit aus dem Geschäft noch schulden, werden erlucht, bis zum 1. September d. J. Zahlung zu leisten. Widersrigenfalls werden die Forderungen eingezogen. Halsek, J. D. Stubben

Zu verkaufen
1 sehr gut erhaltenes Sofa und 1 Tisch. Näheres zu erfahren in der Geschäftsstelle d. Bl.

Kräutze
und Hausgärten bepflanzt mit allen Sorten Gemüse. Näheres zu erfahren in der Geschäftsstelle d. Bl. Schulte, Knecht, Goslar 46

Heuerwohnung
mit 2 Sch. S. Gartenland an einzelne Frau zu vermieten. B. G. zu Jeddoloh, Howiek

Burgförde.
Das Schuttablageren vor meiner Wiege „Pepelhorn“ ist verboten. Da der Eingang verperrt ist, werden die Betreffenden hiermit aufgefordert, den dort hingebachten Schutt sofort wieder zu entfernen. J. D. Hogen.

Sorffren,
etwa 20 Fuder, zu kaufen gesucht. Offerten an die Exp. d. Bl. unter Nr. 6632.

Kranken Frauen
und Mädchen teile ich uneigentlich mit, wie ich von meinem langjährigen Krankenleben (Blutarmut, Weisheit) in kurzer Zeit befreit wurde. Rückporto erbeten. Frau B. Erika Köpcke, Hermannstraße 35, Postdam Straße 14

Zündhölzer,
echte Schweden, sind eingetroffen. Wilh. Orth, Augustfehn.

Kaufe jedes Quantum ungekochte **Gauerhirschensteine** zu Saatweiden. Ang. Lamken, Baumhauke, Siebelforth bei Westerstede.

Bekanntmachung.

Dieserjenige Anieroffiziere und Mannschaften, welche nach dem 9. 11. 18 entlassen sind und noch Anspruch auf einen Entlassungsantrag haben, wollen sich bis 8. 8. 19 schriftlich beim Bezirkskommando 2 in Oldenburg melden. Sämtliche Militärpapiere (Militärpaß, Entlassungsschein) sind beizufügen. Angehörige der Marine (außer Marine-Infanterie und Marinekorps) sowie Angehörige des Jahrgangs 1900 kommen nicht in Betracht.

Es wollen sich nur solche Leute melden, aus deren Papiere deutlich hervorgeht, daß sie noch Anspruch auf einen Entlassungsantrag haben. Oldenburg, den 25. 7. 19.

Freiherr von Fürstenberg, Rittm. u. Bez.-Offz.

Immobilien-Verkauf.

Landmann Friedr. Thien in Moorburg läßt Freitag den 1. August, nachm. 4 Uhr, in Willers Gasthaus zu Moorburg seine daselbst nahe der Chaussee belegene

Landstelle,

bestehend aus dem gut erhaltenen Wohn- und Wirtschaftsgebäude und 40 Sch. S. Garten, Bau- und Weidelandereien,

mit Antritt auf Mai n. bezw. der Ländereien Herbst d. J. zum zweiten Male öffentlich meistbietend zum Verkauf aussetzen.

Bei irgend hinlänglichem Gebot kann in diesem Termine der Zuschlag erfolgen. G. Koch, Aukt.

Verkauf

einer **Landstelle mit Wirtschaft.** (Letzter Termin.)

Der Land- und Gastwirt G. Hassel der in Jhorst beschäftigt wegen Kränklichkeit seiner Frau, seine in Jhorst an der Chaussee günstig belegene

Landstelle u. Wirtschaft

bestehend aus den neuen, praktisch eingerichteten Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, sowie 13,1347 Hektar geschlossenen bei den Gebäuden belegenen Garten, Bau- und Weidelandereien, mit Antritt auf Mai n. J. zu verkaufen.

In dem alten Hause wurde außer der Wirtschaft früher auch Handlung betrieben und ist das neu erbaute Haus hierzu mit eingerichtet; einem tüchtigen strebsamen Menschen bietet sich hier eine sichere Existenz und Gelegenheit, das Geschäft bedeutend zu erweitern. Die Ländereien sind guter Konität und sehr ertragsfähig.

Letzter Termin zum öffentlichen Verkauf steht an auf **Mittwoch den 6. August,** nachmittags 4 Uhr,

in dem zu verkaufenden Hause. Zu weiterer Auskunftserteilung bin ich gerne bereit. Bei irgend hinlänglichem Gebote erfolgt in diesem Termine der Zuschlag. Westerstede. G. Koch, Aukt.

Im Auftrage habe ich eine in Jhorst günstig am Wege belegene Fläche

Hochmoor

groß 4 1/2 ha, welches zu 1/2 kultiviert ist und zum größten Teil vorzüglichem schwarzen Torf enthält, zu verkaufen. — Kaufgeneigte bitte sich baldigt zu melden. Westerstede. G. Koch, Aukt.

Verkauf eines Moorkamps

Zwischenahn. J. D. Oleinius Erben hierf. wollen ihren zu Kaihauer Moor günstig an zwei Wegen belegenen

Moorkamp,

groß 2 ha 71 ar 40 qm, mit sofortigem Antritt öffentlich meistbietend verkaufen lassen. 2. und letzter Termin dazu ist angelegt auf **Donnerstag den 31. Juli, nachm. 5 Uhr,** in Haschagen Gasthaus zu Zwischenahn, wozu Kaufgünstige eingeladen werden mit dem Bemerkten, daß in diesem Termine der Zuschlag erfolgen soll. Feldhus, Aukt.

Zu verkaufen ein 5 Monate altes farbenreines **Ruhfah.** Bratenhoff, Jhorst.

1 kleines Bull zu kaufen gesucht. Offerten unter „G. R. 6647“ an die Geschäftsst. d. Bl. erd.

An- und Verkauf

von **Kriegsanleihe, Staatspapieren, ausländ. Gelde.** Sichere Belegung von Kapitalien. **Fritz Wallrichs.**

Donnerstag: **Grüne Schellfische,** in meinem Laden und bei Dieder. Eilers-Alpen. **Fritz Hannemann, Augustfehn**

Rottweiler Jagdpatronen empfiehlt **J.W. Leonhards Augustfehn.**

Binde- und Strohpressegarne hat noch preiswert abzugeben. **Johannes Dedelesmann, Hamburg 11, Telefon Alter 1506.**

Winterhüte zum Umpressen werden jetzt angenommen. **H. Sieling,** — — — — —

Für **Laubholz-Busch** maßhaltend, dreimal gebunden, bezahle ich bis auf weiteres 20 Mark für 100 Bunde frei Wagen Westerstede, Linswege und Eggeloge. Lieferungen bitte ich mir baldigt anzumelden, damit ich die für den Versand erforderlichen Eisenbahnwagen rechtzeitig bestellen kann. **G. Falenberg, Westerstede.**

Prima Schmierseife gut schäumend. Jedes Quantum sofort lieferbar. Besteller sind mitzubringen. **M. Prikker.**

Das Rupp. Mohr, Eisen- u. Kupfer gewerks. Wilh. H. Mooss, Hamburg D. 101. Nr. 28

Ich erhielt eine Ladung allerbesten feinstädigen

Karbid.

Da die Beleuchtungsmittel voraussichtlich diesen Winter wieder sehr knapp werden, so kann ich meiner Kundschaft nur dringend raten, sich möglichst sofort für den Winterbedarf einzudecken.

Karbid-Lampen,

ganz aus Messing, sind auch wieder vorrätig. **Richard Müller.**

Safeschokolade, erste Marken, empfiehlt sehr preiswert **Heinr. Deeken.**

Kriegsbeschädigten-Berein Zwischenahn Dampferfahrt — des Verbandes der ostend. Kriegsbeschädigten — **Donnerstag den 31. August nach Bremerhafen.** Abf. 8.15 vom Stau in Oldenburg, Rückfahrt mit dem Zuge abends 7.18 von Oldenburg. Fahrpreis hin und zurück für Mitglieder 4 Mark, Nichtmitglieder 5 Mark. Anmeldungen bis zum 5. August an den Vorsitzenden **D. Neumann,** der die Beträge für die Fahrt entgegennimmt.

Landw. Bezugsgenossensch. Ammerland e. G. m. b. H. Zwischenahn.

Die Ausschichten in Belieferung von **Ringofenkalk** werden von Tag zu Tag unsicherer und wir sehen uns genötigt, sämtliche Aufträge in Ringofenkalk abzugeben in **Mergelkalk.**

Falls wir bis zum 5. August keine gegenteilige Antwort erhalten, nehmen wir an, daß diejenigen Verbraucher, welche Düngefall bei uns bestellt haben, mit Lieferung von Mergelkalk einverstanden sind. **Der Vorstand.**

Turnverein Westerstede. Sportverein Westerstede.

:: Versammlung ::

Donnerstag abend 8 1/2 Uhr, — in **Hentens Gasthof.** —

Tagesordnung:

1. Beschlußfassung über Zusammenfluß beider Vereine,
 2. Aufstellung der Statuten,
 3. Wahl des Vorstandes und der Abteilungsleiter,
 4. Verschiedenes.
- Allseitiges und pünktliches Erscheinen, auch seitens der Damen, ist erforderlich.
- Die Kommissionen des Turnvereins und des Sportvereins.

Zwischenahn.

Mittwoch frisch geräucherte

Schellfische u. Makrelen.

Fr. Bruns jr.

Lindern. Prima

Matjesheringe

empfehlen **H. Lürßen.** Eine große Sendung allerbesten feinstädiger

Karbid

eingetroffen.

Karbid-Lampen

aus Messing sind auch wieder auf Lager.

Niederländische

prima Ware, stets vorrätig.

W. Röben, Halsbek.

Suche zur schnellsten Anlieferung waggonsweise

Laubholz-Busch

zu kaufen und zahle für 1000 Bund 175 Mk bei Verladung. — Kaufe auch

Waldbestände,

jeder Art

Auk-, Gruben- und Brennholz

und erhalte umgehend Angebote.

Fr. Marquardt,

Holzhamlung, Oldenburg, Bodstr. 48, Telefon 1742.

Fisch-Verkauf.

Donnerstag morgen 8 Uhr auf dem Marktplatz in Westerstede

Schellfisch, Schollen, Kabliaustr.,

feinste

Räucherwaren,

zu äußerst billigen Preisen.

Aspen.

Gasthof zur Traube

Ball

wozu freudl. einladet **M. C. Dirks**

Jeddoloh I.

Am Sonntag den 3. August

Ball,

Anfang 6 Uhr, wozu freundlich einladet **Heinr. Kreye.**

Der Ammerländer

(Zweispfacher Nr. 5.)

erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.

Preis für Vierteljahre durch die Post bei uns bezogen 3,42 Mark, zum Abdruck von der Post 3,00 Mark. Alle Postbestellungen sind durch den Postboten zu besorgen. Die Postgebühren für die einjährige Mitgliedschaft (oder deren Stamm) für Luftpostgebühren am Freitagabend 30 Pf., für außerhalb des Reichs wohnde 35 Pf. Nachnahme kosten 1 Mk. Die Zeitungsbestellungen bis 6 Uhr vormittags am jeweiligen Abendung 30 Pf., für außerhalb des Reichs wohnde 35 Pf. Nachnahme kosten 1 Mk. Die Zeitungsbestellungen bis 6 Uhr vormittags am jeweiligen Abendung 30 Pf., für außerhalb des Reichs wohnde 35 Pf. Nachnahme kosten 1 Mk. Die Zeitungsbestellungen bis 6 Uhr vormittags am jeweiligen Abendung 30 Pf., für außerhalb des Reichs wohnde 35 Pf. Nachnahme kosten 1 Mk.

Nr. 176

Westertede, Donnerstag den 31. Juli 1919

59. Jahrgang

Geöffnete Schränke.

Die Schreine sind geöffnet, und wie eine Springflut ergießen sich nun die Enthüllungen, die Befindlichkeiten und Anklagen über die deutsche Öffentlichkeit. Dem unheimlichen Aufwärtigen könnte angst und bange werden im Angesicht der durchdringenden Wahrheit, die hier alle Dämme zu überflutet, weil er noch nicht zu überlegen vermag, ob die Vermutungen, die sie anrichten muß, nicht das größere Übel darstellen werden gegenüber der Ermittlung geschichtlicher Wahrheit, um die es den Hauptakteuren wie sie meinsten verhängen, ausschließlich zu tun ist. Aber es sind ganz elementare Kräfte, die mit der Eraberrede vom vorigen Freitag entsetzt worden sind; sie zu bändigen dürfte jetzt schwerlich noch einem Sterblichen gelingen.

Allen Gegnern des streifbaren Reichsfinanzministers voran führt sein Vorgänger, Herr Dr. Helfferich. Im Gefühl es nach Eraberger Kopf, und der Zweikampf zwischen beiden wird auch wirklich nicht eher zur Ruhe kommen, als bis einer von ihnen auf der Strecke liegt. Mit scharfen Blick erkennt er die schwache Stelle in den Enthüllungen: das Telegramm der englischen Regierung an den Kaiser, das uns bisher nicht mitgeteilt worden ist; es ist erst nach eingeholter Zustimmung des Papstes veröffentlicht worden. Helfferich stellt fest, daß wir es hier durchaus nicht etwa mit einem Schritt aus der Initiative der britischen Regierung zu tun hatten, daß vielmehr nichts weiter vorlag als die Londoner Antwort auf die bekannte Friedensnote des Papstes vom 2. August 1917; daß ferner alle Umstände da zu sprechen, daß diese Antwort für uns ebenso unübersehbar war wie die englische Eraberredung der Wälderischen Friedensnote vom Dezember 1918, über die in ganz Deutschland nicht die geringste Meinungsverschiedenheit obwaltete. Im Grunde wollte nur der Kaiser der Sache des Friedens dadurch dienen, daß er die Reichsleitung zu einer Herren Konferenz über Belgien zu bestimmen suchte. Darauf wurde auch im Kromer am 11. September in dem Sinne Entscheidung getroffen, daß die Unabhängigkeit Belgiens gewahrt bleiben und seine Wiederbesetzung unangetastet werden sollte, aber von diesen Entschlüssen ist der Kaiser über gar uniere Feinde zu verhandeln, wurde nicht für rasam gehalten — aus den von Dr. Michaelis jetzt ganz offen bekannenen Gründen. Man wollte — und man mußte wohl auch — durch einen eigenen Vertrauensmann fest stellen, ob in England nicht ein Verständigungs-wille vorhanden war, und da die Prüfung ein negatives Ergebnis hatte, mußte die Angelegenheit für unsere Diplomatie als erledigt gelten.

Soweit Herr Dr. Helfferich. Wenn es nach ihm geht, bleibt also von dem Reichsbescheid gegen das deutsche Volk, dessen Eraberger die Regierung vom Sommer 1917 beabsichtigte, nicht viel oder eigentlich gar nichts übrig. Es kommt hinzu, daß er selbst, worden jetzt von anderer Seite erinnert wird, im Hauptausdruck des Reichstages am 24. September 1917 die Regierung gegenüber Angliken von unabhängiger sozialdemokratischer Seite auf das lebhafteste bedingte und rumbestehen erklärt hat, worüber wir halten nicht verhehle, dem fehle das W G der Wolff. Im Vorhalten — damit war gemeint, daß sie sich in ihrer Antwort auf die Friedensnote des Papstes abschließen in unverbildeten Allgemeinurteilen bewegte und einer präzisen Stellungnahme zur heftigen Frage in vollem Bewußtsein fehlten, was sie tat, aus dem Wege ging. „Wir stellen uns gern hinter die Regierung und überlassen ihr die Führung in den Einzelheiten“, sagte damals Herr Eraberger, der doch an diesem Tage von dem Schreiben des Runtins Pacelli an den Reichskanzler schon Kenntnis hatte, in der aufweisend sogar der einzige Mann war, dem dieses vertrauliche Aktenschild geenen oder ohne den Willen der deutschen Regierung zur Kenntnis gekommen war. Denn wie schon General Ludendorff, erklärt jetzt auch der Abg. Hausmann, daß weder der damalige Wert ausensausch der Reichstagsparteien noch der Reichskanzler v. Bauer von der Regierung in dieser Sache unterrichtet worden war — nur Herr Eraberger hatte auf anderem Wege Wind bekommen und trotzdem warm für Michaelis und Kühlmann eingetreten, während er sie heute am liebsten dem Henter überliefert sehen möchte. Das sind Widersprüche, die zweifellos dringend weiterer Klärung bedürfen.

Aber auch Graf Wedel, bis vor kurzem deutscher Botschafter in Wien, läßt nicht locker. Er beharrt dabei, daß Eraberger auf Verlangen des Grafen Czernin, nicht also auf Veranlassung des Herrn v. Bethmann Hollweg, nach Wien gegangen sei, um sich dort wegen des Gebrauchs, den er dem Geheimberichts an Kaiser Karl gemacht hatte, zu rechtfertigen. Er beruft sich jetzt zum Beweis für diese Darstellung auf einen Brief des Grafen Czernin, in dem Eraberger glattweg der schwersten Indiscretion beschuldigt wird. Er wäre damals in Wien ganz vermischt gemein und habe seinen tollstahnen Fehler eingestehen. Darüber bestanden noch andere Dokumente, was Eraberger bedenken sollte. Graf Czernin selbst stellt in Wiener Blättern fest, daß Eraberger in Weimar kein erschöpfendes Bild der Vorgänge gegeben habe. Im April 1917 habe in der Tat begründete Hoffnung bestanden, wenn auch mit Opfern zum Frieden zu gelangen. Aber sein Geheimbericht sei von einer nicht verantwortlichen Seite hinter dem Rücken

des Grafen an Eraberger gelangt, durch dessen weiteres Vorgehen er zur Kenntnis unserer Gegner gelangte. Die Folgen verstanden sich darauf von selbst — jetzt haben die Westmächte, daß sie mit uns nicht mehr zu verhandeln brauchten. Graf Czernin ist auch heute noch bundesfreundlich genug, um Herrn Eraberger den guten Glauben auszusprechen, daß er annehmen dürfte, im Sinne seiner Auftraggeber zu handeln. Wer damit gemeint ist, ergibt seine Schlussbemerkung über die „unverantwortliche Nebenpolitik“, deren Umfang ihm, als er sie entdeckte, zum Rücktritt veranlaßt habe. Der Wiener Hof ist es also, der hier in letzter Linie als der schuldige Teil hingestellt wird.

Nur Herr v. Kühlmann hält vorläufig noch zurück; er fühlt sich noch, wie es unter dem Kaiserreich Sitte und Brauch war, durch die Amtsverschiebung gebunden und markel ab, ob er von ihr durch die zuständige Stelle erlöst werden würde. Aber auch er ist nach Berlin geeilt, wohl in dem Gefühl, daß jeder Tag hier seine Anwesenheit nötig machen könnte. So sind die Wälder im Wälder — es wird um Köpfe gewickelt, die dem Staatsgerichtshof ausgeliefert werden sollen, mit denen zugleich aber auch manche Nachpostition fallen könnte, die heute noch mit dem Aufgehob gestaltigster Anstrengungen gehalten wird. Der Krieg geht weiter — der Krieg im Innern. Und es scheint, daß es auch hier nur Sieger und Besiegte geben, daß kein Verständigungsriede uns aus den tausend Angelen dieses mörderischen Bruderkampfes betreten soll.

Von den Revolutionstagen des November.

Der Schieberlaß des Kriegsministers.

Berlin, 28. Juli.

Das preussische Kriegsministerium, dem man wegen des Schieberlaßes vom November vorigen Jahres vielfach Vorwürfe gemacht hat, veröffentlicht jetzt folgende Darstellung über die Revolutionstage:

1. Ein allgemeines Schieberlaß ist in den Revolutionstagen November 1918 von dem damaligen Kriegsminister weder für Berlin noch für das Reich erlassen, sondern geht aus dem Kriegsministerellen Erlaß der Monate Oktober und November 1918 hervor, daß der Kriegsminister die Verwendung der Truppen bei Unterdrückung innerer Unruhen entsprechend den bestehenden Vorschriften erwartete. Wenn also bei einzelnen Generalkommandos auch vor dem 9. November Schieberlaß erlassen worden sind, so können sie nur auf Grund eigener Entscheidung der verantwortlichen Stellen oder auf falschen Telegrammen oder Ferngesprächen beruhen.

2. Das Schieberlaß für Berlin am 9. November 1918 ist vom Oberkommando in den Wälder aus eigener Entscheidung erlassen worden, ohne Einwirkung des Kriegsministers und ohne dessen ausgereichte Entscheidung abzuwarten.

3. Hinsichtlich Verwendung von Flugzeugen ist es richtig, daß das Schieberlaß aus Verfügungen durch den Generalleutnant Scheuch bereits vor Ausbruch der ersten Unruhen verboten worden ist, um Verwundungen und dadurch Gefährdung Unbeteiligter zu vermeiden. Dagegen hat Generalleutnant Scheuch die Verwendung von Luftfahrzeugen mit Maschinenantrieben ausdrücklich gestattet.

Endlich erklärt das preussische Kriegsministerium noch nachstehendes: Für die Verteilung des Kriegsministeriums selbst hat der damalige Kriegsminister am 9. November gegen 10 Uhr vormittags angeordnet, daß ohne seinen ausdrücklichen Befehl von der Belagerung des Kriegsministeriums von der Schlußnahme kein Gebrauch gemacht werden solle. Generalleutnant Scheuch war der Ansicht, daß diese Anordnung auch gerechtfertigt war, da er — im Kriegsministerium selbst anwesend — von den Ereignissen, Gerüchten von Revolutionären, nicht liberalisiert werden konnte und somit inlande war, je nach der Lage den Befehl zum Schieberlaß zu geben oder letzteres zu verbieten. Als um 2 30 Nachmittags aus einem Wälderhaufen einige Schiffe auf ein verarmtes Portal des Kriegsministeriums abgegeben wurden, hat Generalleutnant Scheuch unter Berücksichtigung der ganzen Lage es für das Richtige gehalten, die Eraberredung des Feuers zu verbieten.

Aus Czernins Geheimbericht.

Weitere Enthüllungen.

Berlin, 28. Juli.

Im „8 Uhr Abendblatt“ veröffentlicht der Schriftsteller Noval, dessen Schritt „Der Weg zur Katastrophe“ Aufsehen erregt hat, den Inhalt einer Unterredung mit dem ehemaligen österreichischen Außenminister Graf Czernin. Danach erklärte Czernin, daß es schon vor dem Eintritt Rumänien in den Krieg sein Bestreben gewesen sei, einen Frieden herbeizuführen. Er ist zu dem Zweck in das Hauptquartier nach Tschiden zu dem Generalstabchef von Ebenborsk gelangten. Der durchsicht mit ihm einverstanden genommen ist, aber betonte, daß das Ende der Diplomaten ist. Ein Friedensschluß auf dem Statu quo ante bellum ist aber damals schon nicht mehr möglich gewesen, da die Entente nicht mehr gewillt hätte. Der deutsche Generalstab hat auf seinen Konzeptionen bereit gewesen. Czernin, ist bereit gewesen, wie er als Minister nur eben hätte geben können und habe sich bereit erklärt, Galizien an Polen abzutreten. Berner sollte

Wilhelm II. König von Polen

werden. Dafür hätte Deutschland aber Ersatzleistungen an Frankreich abtreten sollen. Das aber hätte Ludendorff wiederum abgelehnt. Dieser habe alles nur militärisch angesehen und noch geklärt, mit seinen Heeren nach Paris und Calais kommen zu können. Von einem Sonderfrieden für Österreich habe er abgesehen, da Ludendorff sonst unweigerlich in Österreich eingedrückt sei, wie es 1918 ja auch tatsächlich von Bayern aus geschehen ist. Endlich behauptet Czernin noch, daß auch alle seine Vermutungen, in Welt zu einem Verständigungsriede zu kommen, gescheitert seien.

15 Minuten zu früh!

Die Entente um letzten Augenblick zum Nachgeben bereit.

Genf, 28. Juli.

Von wohlunterrichteter englischer Seite werden Aufsehen erregende Mitteilungen über die Stimmung gemacht, die im Biererrat an dem Tage herrsche, den man Deutschland als letzte Frist für die Unterzeichnung des Friedens gestellt hatte. Danach hatte sich damals der Biererrat um 2 Uhr zu einer Sitzung vereinigt, um die Antwort der deutschen Regierung abzuwarten. Es herrschte die größte Spannung bei den vier Ministern darüber, wie sie ausfallen werde. Im großen und ganzen erwartete man die Ablehnung des Vertrages. Als gegen vier Uhr die Antwort immer noch nicht eingetroffen war, entsann sich eine allgemeine Diskussion über die Deutschland eventuell zu gewährenden Widerungen. In der Befürchtung, Deutschland werde nicht annehmen, entschloß sich der Biererrat, einige Widerungen einzutreten zu lassen. So sollte bestimmt auf die Auslieferung des Kaisers und wahrheitsgemäß auch auf die der mitangeklagten Offiziere verzichtet werden. Um 4 Uhr 25 Minuten wurde mit der Abfassung einer entsprechenden Depesche an die deutsche Regierung begonnen. Bevor diese Abfassung beendet war, traf um 4 Uhr 40 Minuten die offizielle Mitteilung Deutschlands von der bedingungslosen Annahme ein, durch welche die Ablehnung der eben abgeleiteten Depesche hinwäufig wurde.

Deutsche Nationalversammlung.

68. Sitzung.) OB. Weimar, 28. Juli.

Die große politische Aussprache, die in voriger Woche mit den Erklärungen der Reichsregierung begann, wurde heute fortgesetzt.

Reichsminister des Innern Dr. David begründete mit einer längeren Einführungsidee die Vorlage über die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes.

Er mündet sich gegen die von der rechten Seite des Hauses erhobenen Einwände. Er teilt mit, die Regierung beabsichtige, die Dokumente in Bezug auf den Zusammenstoß und den Kriegsausbruch in nächster Zeit an die Öffentlichkeit zu bringen. Der Regierung liege einzig und allein an Wahrheit und Gerechtigkeit. Der Staatsgerichtshof bürde auch einen Schutz gegen die einseitige Funktion eines Ententegerichtshofes, bei dem deren Vertreter Ankläger und Richter zugleich ein würden.

Abg. Westphal (Dem.) rechtfertigt noch einmal das „Unnehmbar“ seiner Faktion gegenüber dem Reichsminister. Dem Abg. v. Giese gegenüber betont er die Sachlichkeit, die sich Dr. Michaelis mitens habe aufsuchen zu können. Solche Fehler seien von den neuen Männern nicht zu erwarten, trotz aller Mängel, die dem jetzigen System anhängen mögen. Der Redner verlangt die Vorlegung der Note Plehrich des Hauses, die Antwort des Reichstages, Dr. Michaelis sei derartig ausmeidend und nichtigend gewesen, daß der Satz darauf stehe: „Man spricht vergebens mit, um zu verlegen, der andre hört von allem nur das Nein.“

Erweiterte Umfah- und Luzussteuer.

Die Kleinhandelssteuer.

Weimar, 28. Juli.

Der Entwurf eines Umsatzsteuergesetzes sieht erstens eine allgemeine Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,5 auf 1 % vor. Zweitens ist eine Kleinhandelssteuer dadurch geschaffen, daß sich die Umsatzsteuer auf 5 % des Nettos erhöht, bei der im Kleinhandel erzielenden Lieferung von Gegenständen, die ihrer Beschaffenheit nach zum Gebrauch oder Verbrauch in der Hauswirtschaft bestimmt sind. Drittens wird die Luzussteuer auf 10 % erhöht für alle Gegenstände, die nach einer besonderen Liste den notwendigen Bedarf des Haushalts überdecken. Diese Umsatzsteuer ist eine Verbrauchssteuer größten Stils, durch die in Verbindung mit den direkten Steuern vermindert werden soll, das Milliardendefizit des Reiches zu überwinden.

Foch als Vater der Rheinrepublik.

Das Hinterland der Brückenköpfe.

Paris, 28. Juli.

In der Friedenskommission der Kammer wurden ausführliche Mitteilungen über den Bericht von Marchall Foch in der Friedenskonferenz gemacht. Aus diesem Bericht geht hervor, daß Foch der Urheber des Planes zur Schaffung einer rheinischen Republik ist, die er als Hinterland für die von ihm geplanten rheinischen Brückenköpfe